

4 N 4957

**Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz**

**Mir A. Ferdowsi**

**Der verlorene Sieg:  
Der Nahe Osten ein Jahr nach dem Golfkrieg**

**Nr. 10/1992**



416 093 736 100 19



4 N 4957

**Ludwigstr. 10, 8000 München 22, Tel. (089)2180-3046**

04723086x

Universitäts-  
Bibliothek  
München

92 9 8871

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung .....	1
2. Von "Kollektiver Sicherheit" zum Bilateralismus: Das Scheitern eines regionalen Sicherheitssystems.....	2
3. Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen: Frieden durch immer mehr Waffen. ....	4
4. Friedliche Regelung des Nahost-Konfliktes: Poker um Präliminalien .....	5
5. Von der Ressourcenumverteilung zum Entwicklungsfond: Der arabische Nord-Süd-Konflikt .....	7
6. Die kurdische Tragödie: Von der Moral zur Realpolitik .....	8
7. Perspektiven.....	10

## 1. Einleitung\*)

"Kuwait ist befreit. Iraks Armee ist geschlagen. Unsere militärischen Ziele sind erreicht". Mit diesen Worten begann jene Fernsehrede von US-Präsident George Bush am Morgen des 28. Februar 1991 um 3.00 Uhr MEZ, mit der er die Feuerpause am Golf verkündete. Über die Zukunftsaufgaben heißt es in der Rede u.a. "Wir müssen jetzt anfangen, über den Sieg und den Krieg hinauszublicken. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, den Frieden zu sichern... Dieser Krieg liegt jetzt hinter uns. Vor uns liegt die schwierige Aufgabe, einen vielleicht historischen Frieden zu schaffen..."<sup>1)</sup>

Seit dieser "denkwürdigen" Rede ist ein Jahr vergangen, und der Nahe Osten ist angesichts des jugoslawischen Bürgerkrieges sowie der dramatischen Entwicklungen in der (ehemaligen) Sowjetunion zunehmend in den Windschatten der Weltpolitik und -öffentlichkeit geraten. Allerdings deutet bei näherer Betrachtung der gegenwärtigen Situation der Region eine Reihe von Indizien darauf hin, daß die Region bald wieder im Brennpunkt des Interesses der Weltgemeinschaft stehen könnte.

Denn die Errichtung einer "Neuen Weltordnung", jene Zielvorgabe, die Präsident Bush am 1. Oktober 1990 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen dem umfangreichen Katalog zur Legitimation des amerikanischen Engagements im Golf hinzufügte<sup>2)</sup>, ist bislang nicht einmal in Ansätzen zu erkennen. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß es sich dabei weder um "Form ohne Inhalt" noch "Inhalt ohne Form"<sup>3)</sup>, sondern bestenfalls um eine schwärmerische, schlimmstenfalls jedoch um eine hohle Propagandaformel handelte. Dieser Eindruck bestätigt sich, ruft man sich die (allenfalls in Ansätzen) präzisierten vier Prinzipien dieser "Neuen Weltordnung" in Erinnerung: "Friedliche Beilegung von Konflikten; Solidarität gegen Aggression; reduzierte und kontrollierte Waffenarsenale und gerechte Behandlung für alle Völker"<sup>4)</sup>-, dabei hat insbesondere das letzte Prinzip im Gefolge der kurdischen Tragödie nach dem Waffenstillstand ohnehin seine "Unschuld" verloren.

Daher wäre es müßig, wollte man die Bilanz der bisherigen Entwicklung entlang der Bestandteile dieser "Neuen Weltordnung" ziehen. Als Leitfaden der Betrachtung

---

\*) Der Aufsatz wurde publiziert in: "Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 2/92, S. 203-214.

1) Zit. n. "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), 1. März 1991.

2) In der Rede heißt es u.a.: "...die gegenwärtige Aggression bedroht nicht nur die Sicherheit einer Region, sondern die Zukunftsvision der gesamten Welt. Sie droht, den Traum von einer neuen internationalen Ordnung in einen schrecklichen Alptraum der Anarchie zu verwandeln, wobei das Gesetz des Dschungels das Völkerrecht verdrängt". Zit. n. "U.S. Policy Information and Texts", 2. Oktober 1990.

3) Ausführlicher hierzu siehe Arthur Heinrich: Mutmaßungen über die Neue Weltordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1991, S. 547-560. Siehe auch Lawrence Freedman: The Gulf war and the New World Order, in: Survival, No. 3/1991, P. 195-209, sowie Mohammed Sid-Ahmed: The Gulf Crisis and the New World Order, in: Middle East Report, January-February 1991, pp. 16.

4) Siehe die Rede von Präsident Bush am 13. April auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell in Montgomery, zit. n. "Süddeutsche Zeitung" (SZ), 15. April 1991.

tung eignen sich eher jene Elemente einer "stabilen Friedensordnung" im Nahen Osten, die Präsident Bush am 6. März in einer Rede vor dem Kongreß wie folgt präzierte:

- kollektive Sicherheitsvereinbarungen unter den Ländern der Region, namentlich zwischen jenen Staaten, die in der Golfkoalition aktiv mitwirkten;
- eine effiziente Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen in den Nahen Osten;
- die Überwindung des arabisch-israelischen Konflikts, wobei er als Grundvoraussetzung die Bereitschaft beider Seiten zum Kompromiß bezeichnete, als Ansatzpunkt nannte er in diesem Zusammenhang die UNO-Resolution 242 und das Prinzip "Land gegen Frieden";
- schließlich die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region durch koordinierte Investitionen<sup>5)</sup>.

## **2. Von "Kollektiver Sicherheit" zum Bilateralismus: Das Scheitern eines regionalen Sicherheitssystems.**

Es wird wohl die Aufgabe späterer Untersuchungen sein offenzulegen, ob die Internationalisierung der Kuwait-Krise der Zerrissenheit der arabischen Welt zuzuschreiben ist oder durch die frühzeitige Entscheidung der USA vom 7. August 1990, zur Verteidigung Saudi-Arabiens Truppen an den Golf zu entsenden, herbeigeführt wurde. Bereits heute steht allerdings fest, daß die Kuwait-Krise eine Reihe von Schwächen im arabischen Regionalsystem aufgedeckt hat, die für die Dysfunktionalität des Systems im allgemeinen und für den Golfkrieg im besonderen ursächlich waren<sup>6)</sup>. Somit war es folgerichtig, daß der Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems unmittelbar nach der Beendigung des Krieges besondere Priorität eingeräumt wurde.

Ein erster ermutigender Ansatzpunkt für ein derartiges Sicherheitssystem war die Unterzeichnung der sog. "Erklärung von Damaskus" am 6. März 1991 durch die Außenminister der "zwei plus sechs"-Staaten (Syrien und Ägypten plus die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates - Saudi-Arabien, Kuwait, der Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate). Über die "Ziele der Koordination und Zusammenarbeit" wird dabei ausdrücklich hervorgehoben "daß die Anwesenheit der ägyptischen und syrischen Truppen auf dem Gebiet des Saudi-Arabischen Königreiches und anderer arabischer Staaten in der Region, ... den Kern einer arabischen Friedenstruppe darstellt, die zur Garantie der Sicherheit und Unversehrtheit der arabischen Staaten in der Golfregion eingerich-

5) Zit. n. "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 8. März 1991.

6) Näheres hierzu bei Mohammed El Sayed Said: Die strukturellen Mängel im arabischen regionalen System, in: Ferhad Ibrahim/Mir A. Ferdowsi (Hrsg.): Die Kuwait-Krise und das regionale Umfeld. Hintergründe, Interessen, Ziel. Das arabische Buch, Berlin 1992, S. 19-28.

tet wird, und als ein Beispiel, mit dem die Wirksamkeit des umfassenden arabischen Verteidigungssystems garantiert wird"7).

Trotz dieser hoffnungsvollen erwartungen kündigte knapp zwei Monate später der ägyptische Präsident Mubarak am 8. Mai den Abzug der 38 000 Mann starken ägyptischen Truppen aus Saudi-Arabien und Kuwait an. Seit dieser Zeit ist es den Teilnehmerstaaten trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht gelungen, sich über die Details dieser noch recht allgemeinen Absichtserklärung zu einigen. Das endgültige Scheitern scheint vorprogrammiert, wenn die Außenminister der "Damaskus-Erklärung" auf ihrer Sitzung Mitte November in Kairo eine Entscheidung hierüber auf ihr nächstes Treffen im April 1992 vertagten. Die Gründe lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen8):

- In einigen Golfstaaten herrscht die Auffassung vor, daß eine arabische Sicherheitsordnung allein keinen ausreichenden Schutz zu gewähren imstande sei. Dabei mag auch die Abneigung eine Rolle gespielt haben, sich mit syrischen oder ägyptischen Truppen nicht nur eine politisch, sondern auch militärisch zweifelhafte fremde Truppenpräsenz aufzuhalten. Hierfür spricht die Tatsache, daß Kuwait die Präsenz amerikanischer Truppen der Stationierung arabischer Truppen vorzuziehen schien, während Saudi-Arabien seine Bemühungen mehr auf die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen als auf die Bildung einer arabischen Sicherheitstruppe konzentrierte.
- Es bestehen gegensätzliche Meinungen hinsichtlich der Integration nicht-arabischer Akteure am Golf. Während einige Golfstaaten für die militärische Einbeziehung des Iran in eine regionale Sicherheitsordnung plädierten, bestand die ägyptische Regierung wiederholt auf einer rein arabischen Lösung. Darüber hinaus wurde von Ägypten eine langfristige Stationierung amerikanischer Bodentruppen abgelehnt. Ägypten schien nicht bereit zu sein, "als arabische Fassade für ein System zu dienen, dessen Kern nicht arabisch ist" so der Chefredakteur von "Al-Ahram", Ibrahim Nafie9).

Das Konzept eines "regionalen Sicherheitssystems" wird sich das Konzept in absehbarer Zukunft schwerlich wieder reaktivieren lassen, insbesondere nachdem die USA aus Sorge vor einem Sicherheitsvakuum den arabischen Golfländern den Abschluß bilateraler Sicherheitsabkommen offeriert haben, ein Angebot, das auf Zustimmung stieß. So hat Kuwait im September 1991 ein auf zehn Jahre befristetes Sicherheitsabkommen mit Amerika abgeschlossen, das dem

---

7) Die "Erklärung von Damaskus" vom 6.3.1991, abgedruckt in: Volker Perthes: Regionale Auswirkungen des zweiten Golfkrieges, In: Interdependenz Nr. 6, hrsgg. von der Stiftung Frieden und Entwicklung/Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg 1991, S. 61-63. (Zitat S. 62)

8) Ausführlicher hierzu u.a. Udo Steinbach: Stabil ist nur die Krise, in: NORD-SÜD aktuell, Heft 2/1991, S. 205-208, Volker Perthes (Anmerkung 7, S. 26-31) sowie Frank Gesemann: Ägypten und der Golf. Ägyptens Rolle während der Golf-Krise und in der regionalen Nachkriegsordnung, in: F. Ibrahim/Mir A. Ferdowsi (Anmerkung 6, S. 92-111)

9) Zit. n. Frank Gesemann: Die zentrale Rolle Ägyptens bei der Neuordnung der Golfregion, in: blätter des iz3w Nr.175 vom August 1991, S. 11

Emirat im Fall einer militärischen Bedrohung oder gar Aggression Beistand verspricht. Darüber hinaus sieht das Abkommen gemeinsame Manöver der Streitkräfte beider Länder sowie die Einlagerung von Waffen und anderem militärischen Gerät vor. Da sich Kuwait aus Rücksichtnahme auf arabische Bedenken jedoch nicht breit erklärt hat, den USA Stützpunkte im Lande zu gewähren, werden die amerikanischen Kampfflugzeuge wie bisher die Luftwaffenbasis "Scheich Isa" im Süden Bahraains benutzen, mit dem ein Abkommen geschlossen wurde, das die seit Jahrzehnten praktizierte enge militärische Zusammenarbeit nunmehr auf eine vertragliche Grundlage stellt.

Insgesamt deutet die Entwicklung darauf hin, daß das Regionalsystem in absehbarer Zukunft kaum von einem "ungeordneten" zu einem "geordneten" transformiert werden wird. Nicht nur die Idee einer "regionalen Sicherheitsstruktur" in eine Sackgasse geraten, ebenso herrscht nach wie vor Ungewißheit über die Konturen des inneren Sicherheitskreises der sechs Golfstaaten. Zwar gibt es den insbesondere von Oman favorisierten Plan einer integrierten Abschreckungsstreitmacht der Länder des Golf-Kooperationsrates im Umfang von 100.000 Mann, die ein ausreichendes Instrument für eine kollektive Verteidigung am Golf bilden soll. Doch die Staatschefs überließen es Ende Dezember 1991 auf ihrem ersten Gipfeltreffen nach dem Golfkrieg einer "Kommission", den Vorschlag zu prüfen und das "Projekt" voranzutreiben.

### **3. Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen: Frieden durch immer mehr Waffen.**

Es liegt wohl in der Logik der oben skizzierten Entwicklungen, daß allen Beteuerungen zur Einleitung umfassender regionaler Rüstungsbegrenzungen zum Trotz die Bilanz wenig ermutigend ausfällt. Zwar stellte US-Präsident Bush Anfang Juni 1991 einen Plan vor, der die Unterbindung des Baus, der Erprobung und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, ein Exportverbot ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometer sowie Zurückhaltung beim Verkauf konventioneller Waffen vorsah. Darüber hinaus sollten sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates<sup>10)</sup> und die wichtigsten Lieferländer für den Nahen Osten auf einen "allgemeinen Code" zur Exportbeschränkung einigen und auf eine "Beschränkung destabilisierender Exporte konventioneller Waffen" hinwirken, da, so Bush, "nirgendwo die Eindämmung der Gefahr der Waffenproliferation" dringlicher sei als gerade im Nahen Osten<sup>11)</sup>. Auch die sieben führenden Industrienationen sprachen sich auf ihren Gipfeltreffen im Juli in London für ein internationales, bei den Vereinten Nationen zu führendes Waffenregister aus, das zwar alle Rüstungsaktionen erfassen sollte, ohne al

---

10) Damit würde wohl der "Bock zum Gärtner" gemacht, wenn man berücksichtigt, daß diese fünf Länder zwischen 1986-1990 zusammen 91% der weltweiten Rüstungsausföhren in den Nahen Osten getätigt haben: Sowjetunion 29%; USA 27%; Frankreich 16%; Großbritannien 10% und VRChina 9%. Siehe Fredy Gsteiger: Abrüstung im Nahen Osten? Scheinheilige Brandstifter, in: "Die Zeit", 7. Juni 1991, S. 12.

11) Zit. n. Klaus-Dieter Frankenberger: Gut gerüstet vor allem im Orient, in: FAZ, 23. 8. 1991.

lerdings eine bindende Notifizierungspflicht für Käufer und Verkäufer von Rüstungsgütern vorzusehen.

Doch vieles deutet darauf hin, daß Washington die Stabilisierung der Region zunehmend mit dem Instrument militärischer Hilfe zu erreichen sucht. Wenige Tage nach der Erklärung von Präsident Bush angekündigten die USA an, zehn Kampfflugzeuge vom Typ F-15 an Israel zu liefern und sich mit 72% am israelischen Raketenprogramm zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Ägypten 46 F-16 Kampfflugzeuge erhalten. Die Koproduktion von jährlich etwa 500 Kampfpanzern M1-A1 in Ägypten soll 1992 beginnen<sup>12)</sup>. Auch die Verteidigungsfähigkeit der kleinen Emirate soll mittels weiterer Rüstungslieferungen gestärkt werden. Vorgesehen ist, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate mit Waffen im Wert von zusammen 2,1 Mrd. Dollar beliefern, darunter mit Kampfhubschrauber des Typs "Apache", mehr als 330 M1-A1-Kampfpanzer und 160 gepanzerte "Bradley"-Fahrzeuge, nachdem sich gerade dieser Fahrzeugtyp während des Kuwait-Feldzuges besonders bewährt hat<sup>13)</sup>.

Man sollte meinen, der Golfkrieg habee nachhaltig die Illusion einiger Nahost-Staaten zerstört, sich durch den Erwerb hochentwickelter Waffensysteme verteidigen zu können; gleichwohl herrscht nach wie vor das Bemühen, durch Abschreckung Frieden und Sicherheit zu erhalten.

Angesichts dieser Tendenzen scheint es fraglich, ob dem Vorschlag von US-Außenminister Baker, als dritte Phase der Nahost-Friedensgespräche eine Regionalkonferenz einzuberufen, auf der u.a. Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt werden sollte, mehr Erfolg beschieden sein wird. Man darf vermuten, daß außer Irak, dessen Rüstungsarsenale gegenwärtig unter Aufsicht der Vereinten Nationen stehen und der zum Abrüsten gezwungen wird, kaum einer der übrigen Staaten zu Schritten in Richtung auf Abschaffung der Massenvernichtungswaffen oder gar allgemeine Rüstungskontrolle und Abrüstung bereit sein wird.

#### **4. Friedliche Regelung des Nahost-Konfliktes: Poker um Präliminalien**

Es sei dahingestellt, ob eher der Versuch Saddam Husseins, den Abzug seiner Truppen aus Kuwait mit der Durchsetzung aller Nahost-Resolutionen zu verknüpfen, oder vielmehr der Druck der Herrscher am Golf, denen die Krise verdeutlichte, daß die Spannungen zwischen Israel und der arabischen Welt auch für sie gefährliche Folgen haben könnten<sup>14)</sup>, letztlich ausschlaggebend dafür war, daß

12) SZ, 3. Juni 1991. Der Jarvit-Bericht der US-Regierung über geplante Rüstungsexporte listete allein für 1991 Waffen im Wert von 18 Mrd. Dollar auf, die aus den USA in die Region geliefert werden sollten. Siehe "Frankfurter Rundschau", 9. März 1991.

13) Zur Begründung der Waffenexporte durch den US-Verteidigungsminister Cheney siehe ebda.

14) Für eine solche Interpretation spricht etwa die Tatsache, daß die Staaten des Golf-Kooperationsrates als erste ihre Bereitschaft erklärten, an einer möglichen regionalen Friedenskonferenz als Beobachter mitzuwirken, was von Außenminister Baker als entscheidender Fortschritt gepriesen wurde, weil damit das Tabu gegen Verhandlungen mit Israel durchbrochen sei. Siehe NZZ, 14. Mai 1991.

die Lösung des Nahostkonflikts im Mittelpunkt der Rede Präsident Bushs bei der Ankündigung der Waffenruhe stand. Über die Zukunftsaufgaben heißt es dort: "Wir müssen jetzt anfangen, über den Sieg und den Krieg hinauszublicken. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, den Frieden zu sichern... Wir haben schon eine ganze Menge Denk- und Planungsarbeit für die Zeit nach dem Krieg geleistet. Und Minister Baker hat schon angefangen, mit unseren Koalitionspartnern über die Anforderungen der Region zu beraten. Es kann und wird keine ausschließlich amerikanische Antwort auf all diese Herausforderungen geben, aber wir können helfen und die Länder der Region unterstützen, und wir können ein Katalysator für den Frieden sein. In diesem Geist wird Minister Baker nächste Woche in die Region reisen und eine neue Gesprächsrunde eröffnen..."<sup>15)</sup>.

Vielleicht beruhten die amerikanischen Hoffnungen aber auch darauf, daß die Krise und der Krieg um Kuwait sowie die unsicheren Perspektiven der Nachkriegszeit alle Beteiligten zu einem "neuen Denken" bringen und die USA auf so etwas wie Dankbarkeit stoßen würden, hatten sie doch durch ihre führende Rolle in der Allianz sowohl die Interessen der arabischen Alliierten als auch die Israels gegenüber der irakischen Bedrohung wahrgenommen.

Wie dem auch sei, die bisherige Entwicklung deutet eher darauf hin, daß jenes "Fenster der Gelegenheiten", das der amerikanische Außenminister Baker bei seinem ersten Besuch in der Region nach dem Golfkrieg für eine Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts ausmachte inzwischen allenfalls einen Spaltbreit geöffnet ist. Bei seinen insgesamt acht Nahost-Reisen gelang es ihm zwar, zwischen den Parteien eine Einigung über den *Teilnehmerkreis* (Syrien, Libanon, Israel und eine jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation), die *Konferenzform* (nach der Eröffnungssitzung sollen in einer zweiten Phase die Verhandlungen bilateral fortgeführt werden; als dritte Phase und Bindeglied zu bilateralen Gesprächen ist eine "Regionalkonferenz" vorgesehen, um über Wasser, Umweltschutz, Rüstungskontrolle sowie regionale Sicherheit zu verhandeln), *Ort* und *Termin* (4. November 1991 in Madrid) zu erreichen, doch der Prozeß ist von Verhandlungen über substantielle Themen noch weit entfernt, da der bisherige Verlauf der bilateralen Gespräche überwiegend von "Vorgeplänkel" und typischen (Verhandlungs-)diplomatischen Ritualen geprägt ist.

Gleichwohl haben die bisherige Entwicklungen die Annahme bestätigt, daß offensichtlich weniger fehlendes Einlenken von arabischer Seite einer Lösung im Wege steht, sondern die entscheidenden Hindeernisse in der auf Seiten der Schamir-Regierung (noch?) fehlenden Akzeptanz des grundlegenden Prinzips "Land gegen Frieden" und vor allem in dem Versuchen Israels zu sehen sind, mit kalkulierten Provokationen nicht nur die Geduld arabischer Gesprächsteilnehmer auf eine harte Probe zu stellen, sondern den Friedensprozeß vollends zu gefährden<sup>16)</sup>.

---

15) Zit. n. FAZ, 1. März 1991.

16) So z.B. als Israel den Beginn der bilateralen Gespräche in Washington vom 4. auf den 9. November, den vierten Jahrestag der Intifada verschieben wollte. Oder als die für den 7.

## 5. Von der Ressourcenverteilung zum Entwicklungsfond: Der arabische Nord-Süd-Konflikt

Es war sicherlich mehr Rhetorik als ernstgemeinte Absichtserklärung, als Saddam Hussein die Besetzung Kuwaits auch damit zu rechtfertigen versuchte, den "Reichtum" des arabischen Mutterlandes allen arabischen Brüdern zukommen lassen zu wollen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß auch in der arabischen Welt, nicht anders als in anderen Teilen der Dritten Welt, die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Staaten eine der Hauptquellen politischer Instabilitäten darstellen<sup>17)</sup>. So konnte es nicht überraschen, daß im Zuge der Neuordnungsdebatte über die Nachkriegszeit die Errichtung einer mit Ölgeldern finanzierten internationalen Bank<sup>18)</sup> und eine Art "Marshallplan" zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Region zur Sprache kamen.

Die Brisanz der Frage erkennend, haben die Staaten des Golf-Kooperationsrates im März 1991 der Einrichtung eines regionalen Entwicklungsfonds grundsätzlich zugestimmt und sich bereit erklärt, 15 Mrd. Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in nicht erdölfördernden arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Dies geschah allerdings erst, nachdem sie einer Ressourcenverteilung und Mitspracherechten der ärmeren arabischen Staaten über die Öleinnahmen im Rahmen der "Damaskus-Erklärung" eine klare Absage erteilt hatten. Dort wurde als Teil des Prinzipienkatalogs über "Koordination und Zusammenarbeit" ausdrücklich die "Respektierung des Prinzips der Souveränität jedes arabischen Staates über seine natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen" betont<sup>19)</sup>. Es verwundert daher nicht, daß die konkreten Beschlüsse zur Umsetzung dieser Pläne äußerst enttäuschend ausfielen. Nicht nur, daß die Finanzminister des Golf-Kooperationsrates im April 1991 in Riad beschlossen, nur 10 Mrd. Dollar während eines Zeitraums von zehn Jahren in diesen Fonds einzuzahlen; die Staatschefs des Golf-Kooperationsrates gaben ihre grundsätzliche Zustimmung erst bei ihrem Gipfeltreffen Ende Dezember, ohne daß allerdings bislang konkretes bekannt geworden wäre<sup>20)</sup>. Die Anzeichen sprechen dafür, daß der Fond, sollte er zustande kommen, ausschließlich zur Unterstützung der vom Golfkonflikt hart getroffenen arabischen Länder der anti-irakischen Koalition bestimmt sein wird. Dabei wäre zur Sicherung eines stabilen Friedens in der Region eine Ressourcenverteilung gerade jetzt dringlicher denn je. Denn die kriegsbedingte Rückkehr von Millionen von Gastarbeitern aus den erdölreichen Golfländern in ihre Heimatländer führte dazu, daß für die Wirtschaft dieser Länder wichtige Devisenüberweisungen ausblieben und darüber hinaus die neuen Arbeitslosen

---

Januar 1992 anberaumte Gesprächsrunde in Washington durch den Beschluß zur Ausweisung von 12 Palästinensern aus dem besetzten Westjordanland gefährdet wurde (siehe SZ, 4./5./6. Januar 1991, S. 6). Die negativen Auswirkungen konnten erst durch eine, mit Zustimmung der USA erfolgte scharfe Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat wieder aufgefangen werden.

- 17) Hierzu siehe Sefik Alp Bahadır: Saddam Hussein und der Club der Reichen". Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Bahman Nirumand (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek 1990, S. 100-117.
- 18) Vgl. Vorschläge von Außenminister Baker in: "Frankfurter Rundschau", 9. Februar 1991, S. 2.
- 19) Abgedruckt in Volker Perthes, (Anmerkung 7 S. 62)
- 20) Vgl. SZ, 27. Dezember 1991.

ein zusätzliches wirtschaftliches und politisches Problem darstellten. Davon betroffen sind neben Ägypten insbesondere der Jemen mit beinahe eine Million Remigranten aus Saudi-Arabien sowie Jordanien und die von Israel besetzten Gebiete, die zusammen mehr als 150 000 Palästinenser aufnehmen mußten, deren Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis von der kuwaitischen Regierung aufgrund der Parteinahme der PLO für Saddam Hussein nicht mehr verlängert wurde.

## 6. Die kurdische Tragödie: Von der Moral zur Realpolitik

Zweifellos haben die USA und die Anti-Irak-Koalition mit dem Krieg das Prinzip der Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen durch die Wiederherstellung der kuwaitischen Souveränität verteidigt. In dem sie die Niederwerfung der kurdischen Widerstandsbewegung um Kirkuk im Norden und des schiitischen Aufstands um Basra im Süden des Iraks duldeten, haben sie jedoch nicht minder zur Aufrechterhaltung der Integrität Iraks beigetragen.

Wenn man auch angesichts dieses "geopolitischen Zynismus"<sup>21)</sup> Marion Gräfin Dönhoffs Vermutung hinsichtlich der "amerikanischen Vorliebe für double standards" zunächst teilen mag<sup>22)</sup>, so darf man doch nicht übersehen, daß dies nicht zuletzt im Interesse der arabischen Mitglieder der Koalition geschah, die dafür plädierten, den Irak in seinen gegenwärtigen Strukturen zu erhalten, weil das Land nur so seine Funktion als Sperriegel gegen den Iran ausfüllen könne.

Dies beließ die irakischen Oppositionsgruppen und vor allem den kurdischen und schiitischen Widerstand in einer prekären Situation, hatte doch nicht nur der Radiosender "Voice of America" ununterbrochen die Iraker gedrängt, eine "Intifada" gegen das Regime zu führen, sondern Präsident Bush selbst forderte am 15. Februar und noch einmal am 1. März dazu auf, "das irakische Militär und das irakische Volk sollten es in ihre eigenen Hände nehmen, den Diktator Saddam Hussein zu Verschwinden zwingen (to step aside)"<sup>23)</sup>.

Ob von diesen Aufrufen oder dem berechtigten Verlangen nach Autonomie ausgelöst, fest steht, daß der kurz nach dem Waffenstillstand erfolgte Aufstand der Kurden am 4. April mangels nennenswerter internationaler Unterstützung zusammenbrach und zu einem Massenexodus von annähernd 2 Mio. Kurden führte; ca. eine Million Kurden flohen in den Iran und 700.000 in die Berge unmittelbar an der türkischen Grenze, da sich die Türkei anfangs weigerte, die Flüchtlinge ins Land zu lassen.

Als sich das volle Ausmaß der Flüchtlingstragödie zeigte und immer offensichtlicher wurde, daß die Resolution 688 des Sicherheitsrates vom 6. April 1991<sup>24)</sup>,

---

21) Felix Müller: Ist unsere Politik irgendwie widersprüchlich? in: "Die Weltwoche", 11. April 1991, S. 3.

22) Marion Gräfin Dönhoff : Die bittere Bilanz des Golfkrieges. Unternehmen Wüstensturm: Von der Moralpolitik zur Realpolitik, in: "Die Zeit", 12. April 1991.

23) Zit. n. ebda.

24) Abgedruckt in SZ, 8. April 1991, S. 6.

die ("unter Bestätigung der Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten zur Souveränität, territorialen Einheit und politischen Unabhängigkeit des Irak") "die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Irak, einschließlich der in jüngster Zeit in den von Kurden bewohnten Gebieten" verurteilt hatte, nicht die erwarteten Resultate brachte, brachen die USA ihren Vorsatz, "nicht zuzulassen, daß auch nur ein einziger Soldat oder Flieger in einen Bürgerkrieg im Irak gestoßen wird, der seit unerdenklichen Zeiten wütet"<sup>25)</sup>. Nicht zuletzt aufgrund massiven europäischen Drucks und der Hilferufe des türkischen Präsidenten Özal wurden die ersten US-Marineinfantristen am 20. April zur Verteidigung der "Schutzzone" auf irakischem Gebiet in Marsch gesetzt.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen nahmen die in der Kurdistan-Front zusammengeschlossenen Parteien des kurdischen Widerstandes Verhandlungen mit der irakischen Regierung über Autonomie auf, ungeachtet möglicher negativer Auswirkungen auf den Zusammenhalt der ohnehin wenig einheitlichen Oppositionsfront und einer Stabilisierung der angeeschlagenen Herrschaft Saddam Husseins<sup>26)</sup>

Einige Zeit hatte es den Anschein, als ob es den Kurden gelingen könnte, auf der Basis der Autonomie-Vereinbarung von 1970 eine "prinzipielle Einigung" zu erzielen. Zumindest Saddam Hussein feierte das Abkommen vom 25. April 1991 als Sieg "der echten Brüderlichkeit zwischen Kurden und Arabern". Es handele sich nicht um eine bloße Waffenruhe, "sondern um eine volle politische Beilegung aller zwischen Arabern und Kurden existierenden Probleme", die "im Irak für immer gültig sein werde"<sup>27)</sup>.

Die Autonomieverhandlungen der irakischen Kurdenführer in Bagdad sind - wie kaum anders zu erwarten war - längst gescheitert und insbesondere im Nordirak herrscht ein eher merkwürdiger Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden, da immer noch ca. 800.000 Kurden im türkisch-irakischen Grenzgebiet kampieren.

Gleichgültig ob nun die amerikanischen Aufrufe zum Sturz des irakischen Regimes tatsächlich Anlaß des kurdischen Aufbegehrens waren, festzuhalten bleibt, daß die USA mit ihrer Politik der Rücksichtnahme auf die türkischen und arabischen Alliierten die Probleme der irakischen Kurden bewußt übersahen und damit zweifellos Mitverantwortung für die politische Zukunft dieser Minderheit tragen. Wie auch immer sich die kurdische Frage kurz- und mittelfristig gestalten

---

25) So etwa Präsident Bush am 13. April 1991. Zit. n. "Die Zeit", 26. April 1991, S. 7. Auch die prominente amerikanische Journalisten, Leslie Gelb, warnte am 31.3.1991 in der "New York Times" vor der Einmischung mit der Begründung "Wenn eine kurdische Enklave im Nordirak auch einen Schiiten-Staat im Süden bedeutet, dann bringt eine solche Regelung den Vereinigten Staaten nichts als Ärger ein... Es ist gegen die amerikanischen Interessen, die Auflösung des Irak zu fördern". Zit. n. Samir al-Khalil: Wo selbst die Hoffnung stirbt, in: "Die Zeit", 16. April 1991, S. 8.

26) Zu den wichtigsten Elemente der Verhandlungen siehe Klaus Timm: Bagdad: ein Platz zwischen Kirkuk und Kerbala, in: "Vereinte Nationen", 4/1991, S. 136.

27) Zit. n. Hanspeter Born: Atempause für die Lämmer - und den Wolf, in: "Die Weltwoche", 2. Mai 1991, S. 1.

mag - die skizzierten Entwicklungen als Folge des zweifelhaften Ausgangs des Golfkrieges werden sie auch in Zukunft auf der Tagesordnung der Weltpolitik halten, da sie ihren unmittelbaren Einfluß auf Stabilität und Sicherheit der Region noch nicht verloren habt.

## 7. Perspektiven

Wenngleich diese eher ernüchternde Bilanz der "Nachkriegsära" den Schluß nahe legt, daß letztlich die Skeptiker mit der Vorhersage richtig lagen, die Region werde nach dem Krieg ebenso konfliktbeladen sein wie zuvor, so deutet doch - bei aller Vorsicht und Berücksichtigung der Tatsache, daß Jahre vergehen können, bis sich die Umwälzungen auf politische Strukturen auswirken und sichtbare Ergebnisse zeitigen - eine Reihe von Entwicklungen darauf hin, daß die Region zur Zeit vergleichsweise gute Voraussetzungen zur Schaffung einer Friedensordnung besitzt, die allerdings längst nicht alle auf den Golfkrieg zurückgehen:

*Erstens* hat der Krieg mit der Schwächung des Irak nicht nur eine wichtige "Chaos-Macht" der Region vorläufig ausgeschaltet; er hat wohl auch Israel die Grenzen seiner militärischen und politischen Handlungsfähigkeit aufgezeigt.

*Zweitens* hat sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR das politische Interesse einer weiteren "Verhinderungsmacht", des Iran, vom Nahen Osten weg in Richtung Norden verlagert; Iran ist bestrebt, im Wettstreit mit der Türkei und Pakistan seine Regionalmacht-Ambitionen in den mittelasiatischen, islamischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu befriedigen.

*Drittens* hat die Erosion des Ost-West-Konfliktes den Spielraum der nahöstlichen Akteure erheblich erweitert und bietet ihnen erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Chance, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Zumal die auswärtigen Mächte, insbesondere die USA, ihre Rolle im Friedensprozeß auf eine "Katalysatorfunktion" beschränkt wissen wollen, bestehen günstige Voraussetzungen für eine Lösung "von innen". Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, daß jeder Versuch einer "Neuordnung" von außen zwangsläufig bei der Wiederherstellung der "alten Unordnung" endet.<sup>28)</sup>

*Viertens* stellt allein das Zustandekommen der Nahost-Friedenskonferenz und die Bereitschaft der Konfliktparteien, nach 43 Jahren und fünf Kriegen bilaterale Gespräche aufzunehmen, einen bedeutenden Erfolg dar. So steinig und lang der jetzt eingeschlagene Weg sein mag - vom Verlauf der Friedensgespräche hängt auch die Lösung aller weiteren Probleme der Region ab. Denn alle Vorschläge, durch eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZNM) die Konflikte einer Gesamtlösung zuzuführen<sup>29)</sup>, erweisen

28) Udo Steinbach: Die neue Ordnung ist die alte Unordnung, in: "der überblick", 2/91, S.5.

29) So etwa Johan Galtung: So läßt sich im Nahen Osten die Katastrophe vermeiden, in: "Die Weltwoche", 2 vom 10. Januar 1991, S. 17. Siehe auch Willy Brandt: Eine Friedensordnung für den Nahen Osten, in: "Europa-Archiv", 5/1991, S. 137-142.

sich bei näherer Betrachtung als wenig erfolgversprechend<sup>30)</sup>. In Europa konnte die KSZE ihre zukunftsweisende Rolle erst entwickeln, als die territorialen Konflikte gelöst waren bzw. durch die wechselseitige Anerkennung des Status quo ihre Brisanz verloren hatten. Eines ist jedoch mit Blick auf den Nahen Osten offenkundig: Die "Anerkennung des Status quo" im palästinensisch-israelischen Konflikt würde gerade die krisen- und kriegsverursachenden Verhältnisse zementieren. Nur eine Veränderung auf der Grundlage des Prinzips "Land gegen Frieden" eröffnet reale Friedensperspektiven.

---

30) Siehe hierzu Frank Schimmelfennig: Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? in: IFSH (Hrsg.): Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 60, November 1991 sowie Mir A. Ferdowsi: Von Europa lernen? Die KSZE als Modell für regionale Sicherheits- und Friedensordnungen in der Dritten Welt, in: Volker Matthies (Hrsg.): Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen, Bonn (März) 1992, S. 32-47.

## Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung

### Bisher erschienen:

- Nr. 1: Peter J. Opitz: Das Weltflüchtlingsproblem zu Beginn der 90er Jahre. Ursachen und Perspektiven, 29 S.
- Nr. 2: Roland Richter: Flüchtlingsbewegungen und Zwangsmigrationen im südlichen Afrika. Ursachen und Dimensionen, 45 S.
- Nr. 3: Mir A. Ferdowsi: Zum Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Krieg in der Dritten Welt - Versuch der Zerstörung einer Legende, 25 S.
- Nr. 4: Frank-Martin Binder: Zwischen arabischer Solidarität und Interessenpolitik: Zu den Ursachen und Hintergründen der syrischen Position während der Golfkrise, 20 S.
- Nr. 5: Heinz Gmelch: Entwicklungshilfe von OPEC-Staaten. Modell für eine gerechtere Neuverteilung des Ölreichtums im Nahen und Mittleren Osten? 32 S.
- Nr. 6: Christoph Bierwirth: Europäische Aspekte des Asylrechts, 19 S.
- Nr. 7: Thomas Dassel: Der Eritrea-Konflikt. Entstehungsbedingungen und Einflußfaktoren, 21 S.
- Nr. 8: Robert Falkner: Tropenwaldvernichtung in Brasilien: Umweltschutz und ökonomische Entwicklung in der Dritten Welt als Verteilungsproblem, 23 S.
- Nr. 9: Karl Wolfgang Menck: Peripherisierung der Entwicklungsländer an der Schwelle zum Jahr Zweitausend? 19 S.
- Nr. 10: Mir A. Ferdowsi: Der verlorene Sieg. Der Nahe Osten ein Jahr nach dem Golfkrieg, 11 S.

### In Vorbereitung:

- Peter von Sivers: Der unentrinnbare Frieden. Strukturelle Hindernisse und amerikanischer Druck bei der Friedenssuche im Mittleren Osten
- Ata Jundi: Die Position der Palästinenser im gegenwärtigen Friedensprozeß
- Dietmar Herz: Die amerikanische Position bei den Nahost-Friedensverhandlungen
- Stefan Schrim: Mexiko und die USA. Interdependenz statt Dependenz?
- Abdurahman Maho Aves: Die Auswirkungen der EG-Integration auf die afrikanisch-europäischen Beziehungen